



# Charner Wochenblatt.

Nr 95.

Mittwoch, den 20. Juni.

1866

**Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten ersuchen wir ergebenst, unser Blatt gefälligst rechtzeitig auf der Post bestellen zu wollen.**

**Die Redaktion.**

## Zur Situation.

Der König von Hannover ist von Göttingen a. 17. d. über Bremerhaven nach England geflüchtet, die Könige wird ihm folgen. General v. Manteuffel ist Oberbefehlshaber in Hannover. Die Proklamation desselben lautet: „Hannoveraner! Seit Wochen hat Se. Maj., mein König und Herr, sich bemüht, die schwebenden Fragen mit dem R. Cabinet in Hannover vertragsmäßig zu ordnen. Es ist verweigert worden. Die Sicherheit Preußens erfordert, daß im Rücken seiner Armee keine Feinde bleiben. Mein König und Herr hat daher die Entlassung der Soldaten verlangt, welche über die Friedensstärke der R. hannoverschen Armee eingezogen worden sind. Nur durch die Gewährung dieser Forderung würden Hannover die Leiden des Krieges erspart sein. Bis dahin muß ich Hannover als im Kriegszustande gegen Preußen betrachten und hiernach handeln. Ich rüde nicht als Feind der braven Einwohner des Königreichs ein. Ihr Privateigenthum wird streng geschont werden. Die königlichen Truppen werden die preussische Disciplin auch hier bewahren. Hannoveraner! Kommt auch Ihr ihnen freundlich entgegen. Harburg, 16. Juni 1866. (gez.) v. Manteuffel.“

Das Einrücken der preussischen Truppen nach Sachsen fand gleichzeitig im nordwestlichen und südöstlichen Theile des Landes statt. Niesa, Dahlen und Wurzen wurden am 15. Abends und am 16. früh besetzt. Von der Elbbrücke bei Niesa sind nur 2 Bogen durch die Sachsen vernichtet und man glaubte, sie würde heute wieder passierbar sein. Von Niesa aus war eine Abtheilung preussischer Truppen nach Meissen zu in Bewegung. Auf Dresden zu marschirt, wie die „Kreuzzeitung“ meldet, der preussische General v. Herwarth. Die Eisenbahn-Verbindung zwischen Niesa und Bismarck ist durch die Sachsen unterbrochen.

**Kriegserklärung Italiens an Oesterreich.** Nachdem durch Oesterreich durch sogenannte Bundes-Affirmation, welche es gemeinschaftlich mit Bayern dem Könige von Sachsen leistet, wird, der Kriegszustand zwischen Oesterreich und Preußen herbeigeführt ist, ist seitens des Königs von Italien heute der Krieg an Oesterreich erklärt. Der König geht übermorgen, La-marmora morgen zur Armee ab.

Odenburg mit Anhalt hat seinen Austritt aus dem deutschen Bunde amtlich notificirt.

Von Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß der italienische Gesandte in Folge der Erklärung Oesterreichs und Bayerns, gegen Preußens einzuschreiten, Oesterreich und Bayern den Krieg erklärt und Frankfurt verlassen habe.

In Stuttgart haben sich in Folge eines Kriegs-Manifestes alle disponibeln Truppen nach dem Norden zu in Bewegung gesetzt.

Karlsruhe, den 8. Juni. Oesterreich wartet die Formation der Bundes-Hilfsarmee, die 50,000 Mann betragen soll, ab. Baden hat die Betheiligung an einer Action gegen Preußen abgelehnt.

Cassel, den 18. Juni. Heute Morgens sind die Preußen in unsere Stadt eingerückt.

Die preussischen Truppen rückten unter General Herwarth v. Bittenfeld a. 18. Nachmittags in Dresden ein. Die Avantgarde erreichte die Stadt bereits um 11 1/2 Uhr Vormittags. Die Bevölkerung verhielt sich ruhig und entgegenkommend.

Der bairische Gesandte Graf v. Montgelas hat Berlin verlassen.

Die Preußen entwaffneten a. 18. die Besatzung

von Stade; sie fanden 21 gezogene Kanonen und bedeutendes Kriegsmaterial vor.

Bayern übernahm a. 18. Oesterreich gegenüber die Verpflichtung, mit Darmstadt und Nassau eine Militairverbindung zwischen Kurhessen und Hannover herzustellen.

Oesterreichische Truppenabtheilungen haben die diesseitige Grenze bei Klingebittel (von Troppau aus) überschritten.

Sicherem Vernehmen nach hat die französische Regierung auf das Ansuchen Preußens, die Vertretung der preussischen Interessen in Oesterreich und Bayern zu übernehmen, sich bereit erklärt, den preussischen Wünschen in dieser Beziehung zu entsprechen. In der bereifenden Erklärung der französischen Regierung soll in dankbarer Erinnerung auf die von dem Vertreter Preußens den französischen Interessen in Merito geleisteten Dienste hingewiesen sein. — Der Botschafter Frankreichs in Wien sowie der französische Gesandte in München haben bereits zur Uebernahme der Vertretung die kaiserliche Ermächtigung erhalten.

## Politische Rundschau.

**Deutschland.** Berlin, den 19. Juni. Der Prozeß gegen Twetten wird, wie in juristischen Kreisen vermuthet wird, einen sehr eigenthümlichen Verlauf nehmen, da das Kammergericht, an welches die Staats-anwaltschaft die Berufung eingelegt hat, das Erkenntniß in erster Instanz aufheben dürfte. Das Kammergericht oder vielmehr der Criminalsenat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung wird wahrscheinlich die Inkompetenz der Gerichte auf Grund des Art. 84 zum Ausgangspunkt seines Erkennens nehmen, das Urtheil des Stadtgerichts also nicht wegen der in demselben erfolgten Freisprechung, sondern deswegen aufheben, weil er das Stadtgericht zur Entscheidung nicht für zuständig erachtet. Wenn alsdann die Staatsanwaltschaft die dritte Instanz beschreitet, so kann das Ober-Tribunal nicht in der Sache selbst befinden, weil dadurch dem Angeklagten die zweite Instanz entzogen sein würde, es konnte nur über die Kompetenzfrage entscheiden und dann bleibt es immer noch streitig, ob, wenn die Sache zum zweiten Male an das Kammergericht gelangt, dies gehalten sein würde, die Kompetenz der Gerichte nunmehr als festgestellt anzusehen. Auf diese Weise könnte der Prozeß eigentlich niemals zu einer definitiven Entscheidung gelangen.

Den Majestäten ging am 18. d. halb 2 Uhr aus dem Neuen Palais zu Potsdam durch den Telegraphen die Trauerkunde von dem dort eine Viertelstunde zuvor an Bahnkrämpfen erfolgten Ableben des am 14. August 1862 geborenen Prinzen Sigismund zu. Ihre Majestät die Königin, die Königin-Wittve und Mitglieder der Königsfamilie statteten der in tiefe Betrübniß versetzten Frau Kronprinzessin sofort einen Kondolenzbesuch ab.

Der „Stuttg. Beobachter“ spricht die Ansicht aus, Holland sei nach dem Wunsch von dessen König und Ministern aus dem Preussischen Plan eines neuen Deutschen Bundes ausgelassen worden, und dieser Umstand deute darauf hin, daß Holland eine neue Stellung zugebacht sei, wenn Louis Napoleon dazu gelange, Belgien zu annektiren. Daß der Letztere in solchem Falle Antwerpen an Holland geben würde, um England zu beschwichtigen, ist allerdings bekannt, es fragt sich indessen wohl noch sehr, ob die Belgier gewilligt sind, sich annektiren zu lassen. Vorläufig kann davon wohl noch nicht die Rede sein. — Daß Holland nicht zum Deutschen Bunde gehören mag, läßt sich begreifen. Er bringt ihm keine Vortheile und verpflichtet es zu Leistungen, denen es sich deshalb entziehen möchte. Daß man so leicht gewilligt hat, sie zu entheben, ist allerdings bemerkenswerth.

Das Holz zu den Pallisaden für die Festungen Reisse und Glas ist zum größten Theil aus Oesterreich bezogen; den betreffenden Lieferanten ist nach vorheriger Anfrage in Wien die Bewilligung dazu erteilt worden. Das Preussische Silbergeld hat jede andere Rücksichtnahme beseitigt. **Die Geldnoth muß übrigens in Oesterreich einen ziemlich hohen Grad erreicht haben, da der Kaiser sich bereits an die Klöster um Geldunterstützung gewandt hat.**

Wie die „Kreuztg.“ hört, schweben Verhandlungen wegen Erlaß eines General-Moratoriums (die Gewährung einer allgemeinen Prolongation bei fälligen Zahlungen) und einiger ähnlicher Maßregeln.

Nach demselben Blatt ist eine königliche Proclamation an das preussische Volk in den nächsten Tagen zu erwarten.

In Pommern führen die Conservativen, wie es scheint, den Plan durch, die Altliberalen als den Mobern zu benutzen, der gehen kann, wenn er seine Schuldigkeit gethan hat. In Greifswald haben sie eben Hrn. v. Vinde als ihren Candidaten aufgestellt.

Der „Staatsanzeiger“ enthält in seinem nicht-amtlichen Theil folgende Veröffentlichung: „Am 16. d. Mts. wurde Nachmittags die Preussische Telegraphen-Station in Frankfurt a. M. von bairischen Truppen überfallen und die Einstellung der amtlichen Functionen der Beamten erzwungen. Von der Preussischen Regierung ist in Veranlassung dieses Ereignisses an die Europäischen Mächte ein Circular wegen des stattgefundenen Bruchs des Völkerrechts gerichtet worden.“

In weiterer Ausführung des Vorganges sagt das Blatt: Als Entschuldigung für diese Rechtsverletzung wird die Behauptung aufgestellt, das man in Frankfurt einen Ueberfall durch Preussische Truppen befürchtet habe. Wenn auch die Thatsache, daß zunächst vom Oesterreichischen Bevollmächtigten beim vormaligen Bundestage der Befehl zur Ausführung des Gewaltaktes in Frankfurt erteilt sei, begründet ist, so befreit dieser Umstand die bairische Regierung nicht von der Verantwortlichkeit für die Handlung, aber es liegt darin der Beweis, daß von Oesterreich die politische wie militärische Diktatur in Frankfurt a. M. ausgeht wird.

Görlitz, den 16. Juni. (Brsl. Btg.) Sammlische sächsische Bahnbeamte sind heute aus Preußen ausgewiesen, das hiesige Bureau ist von dem Com-mando mit Beschlag belegt, die Telegraphenstation schon gestern. Die Post macht bekannt, daß wegen gestörter Eisenbahnverbindung zwischen hier und Dresden Postsendungen nach Sachsen einstweilen nicht angenommen werden, doch ist beispielsweise in dem Städtchen Reichenbach heute noch ein sächsischer Postillon eingetroffen, freilich auch augenblicklich zurückgespedirt worden. In Reichenbach soll sich eine große Zahl von fremden Reisenden befinden, die dort auf die Wieder-eröffnung des Verkehrs warten, darunter mehrere russische Familien, welche nach Carlsbad zur Kur gehen.

Den 17. Juni. Seit gestern früh sind hier mehr als 2000 Wagen durch Requisition zusammenge-bracht, welche in unabsehbaren Reihen Proviant zur Armee nach Sachsen fahren sollen. Die Truppenein-märche haben seit gestern Mittag hier aufgehört. Die gestern erfolgte Besetzung von Bautzen, Zittau und Löbau bestätigt sich. In Löbau und der nächsten Umgegend standen gestern Abend 10,000 Preußen.

Sachsen. Der König von Sachsen ist bei der Armee; die königliche Familie ist in Wien angekommen und geht nach München. Der Wiener „Presse“ schreibt man aus Prag vom 15. Juni: „Heute Nacht langte hier eine sächsische Silbersendung von 1200 Centnern (?) mittelst Separatzuges an und wurde sofort auf der Westbahn nach Innsbruck und München weiterbeför-tert. Da die Depots der sächsischen Armee bereits nach Böhmen transferirt werden, so glaubt man, daß ein Theil der sächsischen Armee bei Beginn des Krieges sich nach Böhmen zurückziehen werde. Heute kamen 2300 Fässer Mehl aus Sachsen hier an und wurden in Privat-Localitäten untergebracht. Ebenso wird auch Zwieback und Wein hierhergeschafft. Morgen sollen hier sämtliche disponible Transportwaggons der sächsischen Staatsbahnen eintreffen.“

Hannover. Ueber den Aufenthalt des Königs von Hannover herrscht noch Ungewißheit; die Mittheilung über die Flucht desselben nach England bestätigt sich nicht. Ehe der König abreiste, hat er die zweite Kammer aufgelöst.

In Cassel stehen die preussischen Truppen. Der Kurfürst ist in Frankfurt; die Garnison von Cassel ist nach Hersfeld transportirt, — die Fürstin von Hanau mit sämmtlichem Gepäck, Tresor etc. den Truppen gefolgt. Um Frankfurt a. M. sammeln sich württembergische, nassauische und darmstädtische Truppen. Die Bun-



desmilitair-Commission hatte die Concentrirung von 35,000 Mann angeordnet. Nach einem Extrablatt der amtlichen „Bayerischen Ztg.“ fürchtete man eine Bedrohung Frankfurts durch die Preußen. Preussische Cavallerie war bei Friedberg erschienen.

Frankfurt, a. M. Die vielfach verbreiteten Gerüchte, daß bereits Vorkehrungen für eine Verlegung des Sitzes der Bundesversammlung getroffen würden, sind unbegründet. Es sind schon vor einiger Zeit solche Anordnungen ergangen, welche Frankfurt vor jeder Gefährdung vollkommen wahren, so lange keine wesentlichen Aenderungen in den militärischen Positionen eintreten. Das preussische Truppenkorps, welches in einer Stärke von etwa 20,000 Mann bei Weslar versammelt ist, würde eine Bewegung in der Richtung von Frankfurt wohl nicht unternehmen können, da es in eine allzu exponirte Lage käme. Für den Fall weiterer ernstlicher Ereignisse undenkbar würde eine Verlegung des Sitzes der Bundesversammlung wohl eintreten müssen; man glaubt in hiesigen Kreisen, daß für diese Eventualität die Wahl auf Regensburg fallen dürfte. Demnach wird Anträgen am Bunde in Bezug auf Holstein entgegenzusehen sein. Auch von sofortiger Aufstellung eines Bundesreform-Programms ist die Rede.

**Oesterreich.** Das Manifest des Kaisers lautet seinem wesentlichen Inhalte nach also: „Witten in dem Werke des Friedens, welches Allerhöchst Sr. Maj. unternommen, um die Grundlagen zu einer Verfassungsform zu legen, welche die Einheit und Machtstellung des Gesamtreiches festigen soll, hat es die Regentenpflicht geboten, das ganze Heer unter die Waffen zu rufen.“

„An den Grenzen des Reiches, im Süden und Norden, stehen die Armeen zweier verbündeter Feinde in der Absicht, Oesterreich in seinem europäischen Machtbestande zu erschüttern. Keinem derselben ist von Oesterreichs Seite ein Anlaß zum Kriege geboten worden. Die Segnungen des Friedens den Völkern Oesterreichs zu erhalten, ist immer als eine der ersten und heiligsten Regentenpflichten von Sr. Maj. angesehen und getreu zu erfüllen betrachtet worden, allein die eine der feindlichen Mächte bedarf keines Vorwandes; künftern auf den Raub von Theilen des Reiches, ist der günstige Zeitpunkt für sie Anlaß zum Kriege.“

„Verbündet mit den preussischen Truppen, die Oesterreich nunmehr als Feinde gegenüberstehen, ist vor zwei Jahren ein Theil des treuen österreichischen Heeres an die Gestade der Nordsee gezogen. Sr. Maj. ist die Waffengenosenschaft mit Preußen eingegangen, um vertragmäßige Rechte zu wahren, einen bedrohten deutschen Volkstamm zu schützen, das Unheil des unvermeidlichen Krieges auf seine enghen Grenzen einzuschränken und zum Wohle Oesterreichs, Deutschlands und Europas eine dauernde Friedensgarantie zu gewinnen. Eroberungen wurden nicht gesucht.“

„Oesterreich trägt keine Schuld an der trüben Reihe unheiliger Verwickelungen, welche bei gleicher uneigennütziger Absicht Preußens nie hätten entstehen können, welche zur Verwirklichung selbstthätiger Zwecke hervorgerufen wurden, und für Sr. Maj. Regierung deshalb auf friedlichem Wege unlosbar waren.“

Das Manifest erwähnt hierauf den Gang der wegen Erhaltung des Friedens zuerst mit Preußen, dann mit den übrigen Großmächten geflohenen Verhandlungen, welche letztere daran scheiterten, daß man die Voransetzung Oesterreichs, das öffentliche europäische Recht und die bestehenden Verträge hätten dem Vermittelungsverfuche der europäischen Conferenz zum Ausgangspunkte zu dienen, nicht anerkennen und annehmen wollte. Hiernach sei der Beweis geliefert, daß die Beratungen selbst nie zur Erhaltung und Festigung des Friedens hätten führen können.

Das Manifest zählt dann die Gewaltübergriffe auf, welche Preußen durch das Einrücken seiner Truppen in Holstein, durch die Sprengung der von dem kaiserlichen Statthalter einberufenen Ständeversammlung und die Nöthigung der österreichischen Besatzung, zehnfacher Uebermacht zu weichen, ausgeübt habe. Das Nationalband der Deutschen zerreißen, habe Preußen seinen Austritt aus dem Bunde erklärt und sei mit militärischer Gewalt gegen die bundesgetreuen Souveraine vorgeschritten. Hierauf fährt das kaiserliche Manifest wörtlich fort:

„So ist der unheilvollste Krieg, ein Krieg Deutscher gegen Deutsche, unvermeidlich geworden! Zur Verantwortung all' des Unglücks, das er über einzelne Familien, Gegenden und Länder bringen wird, rufe ich diejenigen, die ihn herbeigeführt, vor den Richterstuhl der Geschichte und des ewigen allmächtigen Gottes.“

„Ich schreite zum Kampfe mit dem Vertrauen, das die gerechte Sache giebt, im Gefühle der Macht, die in einem großen Reiche liegt, wo Fürst und Volk nur von einem Gedanken — dem guten Rechte Oesterreichs — durchdrungen sind, mit frischem vollen Muthe beim Anblicke meines tapferen kampfgelüfteten Heeres, das den Wall bildet, an welchem die Kraft der Feinde Oesterreichs sich brechen wird, im Hinblick auf meine treuen Völker, die einig, entschlossen, opferwillig zu mir emporstehen.“

„Nur ein Gefühl durchdringt die Bewohner meiner Länder: das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Gefühl des Unmuthes über eine so unechörte Rechtsverletzung.“

„Doppelt schmerzt es mich, daß das Werk der Verständigung über die innern Verfassungsfragen noch nicht so weit gedeiht ist, in diesem ersten, zugleich aber erhebenden Augenblicke, die Vertreter aller meiner Völker um meinen Thron versammeln zu können.“

„Dieser Stille für jetzt entbehrend, ist mir jedoch meine Regentenpflicht um so klarer, mein Entschluß

um so fester, dieselbe meinem Reiche für alle Zukunft zu sichern.“

„Wir werden in diesem Kampfe nicht allein stehen. Deutschlands Fürsten und Völker kennen die Gefahr, die ihrer Freiheit und Unabhängigkeit droht.“

„Wie wir für die heiligsten Güter, welche Völker zu verteidigen haben, in Waffen stehen, so auch unsere deutschen Bundesbrüder.“

„Man hat die Waffen uns in die Hand gezwungen. Wohlan! Jetzt, wo wir sie ergriffen, dürfen und wollen wir sie nicht früher niederlegen, als bis meinem Reiche, so wie den verbündeten deutschen Staaten die freie innere Entwicklung gesichert und deren Macht und deren Machtstellung in Europa neuerdings befestigt ist.“

„Auf unserer Einigkeit, unserer Kraft ruht aber nicht allein unser Vertrauen, unsere Hoffnung; ich setze sie zugleich noch auf einen Höheren, den allmächtigen gerechten Gott, dem mein Haus von seinem Ursprunge an gedient, der die nicht verläßt, die in Gerechtigkeit auf Ihn vertrauen. Zu Ihm will ich um Beistand und Sieg flehen und fordere meine Völker auf, es mit mir zu thun.“

— Aus Krakau wird der Wiener „Ost. Post“ v. 6. Juni telegraphirt: „Die russischen Eisenbahnen treffen Vorkehrungen, um große Truppenmassen zu befördern. Es ist auch für Fuhrwerke und Kanonen, so wie für den Pferde-Transport gesorgt. Auch werden entlang der östlichen russisch-polnischen Grenze für die Verpflegung von Truppen Vorbereitungen im umfassendsten Maßstabe getroffen, und es ist anzunehmen, daß diese Vorbereitungen normale Verhältnisse nicht zu Grunde liegen.“

**Frankreich.** In England und Rußland hat der Brief des Kaisers Napoleon an Drouyn de Lhuys einen nicht weniger als erfreulichen Eindruck gemacht. Schon früher hatten England und Rußland, wie der „Augsburger Allg. Ztg.“ berichtet wird, durch ihre Vertreter in Paris in übereinstimmender Weise den Gedanken ausgeführt, daß die friedliche Wirksamkeit der drei Großmächte durch das Scheitern der Conferenz keineswegs aufhören dürfe, und daß die an jene Wirksamkeit für die Vermittler sich knüpfenden Pflichten fortbestehen. Frankreich, das glücklicher Weise seine freie Hand nach allen Seiten hin bewahrt habe, möge wohl bedenken, daß nur durch seine Enthaltung Europa vor einem europäischen Kriege bewahrt werden könne. Eine solche Politik empfehle sich um so eindringlicher, als die öffentliche Meinung Frankreich einen Einfluß auf den Gang der Ereignisse zuschreibt und nach diesem Einfluß auch die Verantwortlichkeit bemessen werden müsse, die Frankreich auf sich ladet, wenn es England und Rußland nicht nach Kräften unterstützte, die Ausbreitung des Krieges über ganz Europa zu verhindern. Sollte — fragt die „Presse“ — der Brief Napoleons an Drouyn de Lhuys die Antwort auf das Memento Rußlands und Englands sein?

— Aus authentischer Quelle wird gemeldet, der Kaiser, welcher vorgestern den Fürsten Metternich empfangen, habe dem österreichischen Vorkämmerer gesagt: „rappelez-vous, mon Prince, que l'Italie est la fille et l'oeuvre de la France.“ (Erinnern Sie sich, daß Italien die Tochter und das Werk Frankreichs ist.)

### Provinzielles

Marienwerder. Die hiesige Königl. Regierung macht in einer außerordentlichen Beilage zum Amtsblatt bekannt, daß der Herr Finanzminister die Kgl. Regierung mittelst Reskript vom 9. d. M. ermächtigt habe, Auerbietungen wegen Vorauszahlung der Steuern überall dankbar anzunehmen. Schließlich heißt es in der Bekanntmachung der Königl. Regierung: „Diejenigen, welche Auerbietungen der in Rede stehenden Art gemacht haben, sollen in monatlich einzufendenden Nachweisungen zur Kenntniß des Herrn Finanzministers gebracht werden und es wird uns eine angenehme Pflicht sein, diese Nachweisungen mit den auf den Patriotismus und die Opferwilligkeit der einzelnen Steuerpflichtigen bezüglichen Bemerkungen zu begleiten.“

Rosenberg, den 15. Juni. Was Hr. Landrathsamts-Verweser v. Portatius in der ihm zugegangenen Entscheidung der Kgl. Regierung zu Marienwerder, Betreffs der Auflösung der v. Hennig'schen Versammlung vom 25. März cr. gefunden und Ihnen am 8. Juni cr. mitgetheilt hat, erregte bereits Ihren Zweifel, insofern als sein Verfahren wohl kaum von der vorgeesehen Behörde als correct anerkannt werden könne, wenn ausreichende Gründe zur Auflösung jener Versammlung von der Kgl. Regierung als nicht vorhanden angenommen werden. Vielleicht stimmt Hr. v. Portatius darin mit uns überein, daß der wesentliche Inhalt des ihm erteilten Regierungsbescheides als mit demjenigen des dem Beschwerdeführer Kaufmann Landon hier erhaltenen Regierungsbescheides übereinstimmend angenommen werden muß. Ausweislich der dem Hrn. Landon erteilten Regierungsverfügung vom 5. Juni cr. ist es unrichtig, daß die K. Regierung das Verfahren des hiesigen Landrathsamts-Verwesers bei Auflösung der qu. Versammlung correct gefunden habe! Nachdem nämlich die Verfügung im Gegentage zu einer Deduction der Beschwerde über die Form des Verfahrens ausführt, daß der Landrath stets amtlich einschreiten könne, also auch an sich die Berechtigung habe den die Versammlung überwachenden Bürgermeister zur Auflösung aufzufordern, schließt die Verfügung v. 5. Juni wörtlich: „Was dagegen das weitere Bedenken anberührt, ob nämlich gesetzliche Gründe zur Rechtfertigung des Verfahrens vorhanden gewesen, so haben wir nach den, über den Hergang in der Versammlung am 25. März cr. eingezogenen Nachrich-

ten eine ansehnliche Veranlassung zu deren Auflösung aus dem Verlauf und dem Ideengange des Vortrags des Abgeordneten v. Hennig nicht zu erkennen vermocht; andere auf persönlicher Wahrnehmung beruhende Gründe aber nicht zur vollständigen Aufklärung bringen können, indem solche von der individuellen Anschauung abhängig sind und sich daher einer allgemeinen Beurtheilung in der hiesigen Versammlung fern stehenden Kreisen entziehen. Dies haben wir dem Landrathsamts-Verweser v. Portatius zu erkennen gegeben, um sein amtliches Verhalten bei wieder vorkommenden Fällen ähnlicher Art mit den gesetzlichen Vorschriften in Einklang zu setzen.“

Ist dieser Schluß eine Anerkennung wegen correcten Verfahrens? War auch die frühere Mittheilung von hier über die Entscheidung der Regierung dem Wortlaute nach nicht genau und überhaupt anticipirt (und es war dies natürlich, da es sich hier nur um Wiedergabe eines Gerüchtes handelte) so ist doch die Entscheidung der Königl. Regierung im Wesentlichen in diesem Sinne ausgefallen.

Aus dem Kreise Rosenberg. In unserer Kreisstadt hat sich ein Comité zur Entgegennahme von Geld und anderen Gaben für die verwundeten Krieger gebildet. Der bekannte Antrag des Hrn. v. Puttkamer auf Plauth, welcher die Vorausbezahlung der Steuern auf ein Jahr mittelst Kreisbetragsbeschlusses bezweckte, kam in der gestrigen Sitzung des Kreisbetrags nicht zum Vortrage, da der größte Theil der Kreisstände inzwischen wohl eingesehen hat, daß die ohnehin hohen Beiträge für außerordentliche Kreiscommunallasten schwer genug aufzubringen sind; denn der Kreisbetrags hat beschlossen, daß die Kosten der Landlieferungen und sonstiger Kriegseinstellungen, die in Summa monatlich 6000 Thaler betragen, repartirt und sofort von den Steuerpflichtigen eingezahlt werden sollen.

Niederzehen bei Garnsee. Hier und in der Umgegend treten die Pöden wiederum und diesmal mit großer Heftigkeit auf, insbesondere grassiren sie unter den Erntegewächsen. Ein Familienvater ist bereits der Krankheit zum Opfer gefallen. Wie die Nachfragen ergeben, sind die Pöden hier allein auf 10 Stellen zum Ausbruch gekommen.

Königsberg. Daß es „im Innern beim Alten“ bleibt, beweist die Nichtbestätigung des zum unbesetzten Stadtrath in Vorladung gebrachten Particulier Heße Seitens der Königsberger Regierung. Ein Bescheid auf die Beschwerde der Stadtverordnetenversammlung an das Gesamt-Ministerium wegen der hier verweigerten Genehmigung der gewählten Magistratsmitglieder ist bis jetzt immer noch nicht ergangen.

Bromberg, den 17. Juni. (S. S.) In unserer Stadt wird ein Militair-Reserve-Lazareth für 1000 Mann eingerichtet, und es hat sich in Folge dessen hier ein Verein zur Pflege der im Felde verwundeten und erkrankten Krieger gebildet. Der Verein zählt zu seinen Mitgliedern hervorragende Bürger unserer Stadt, den verschiedenen politischen Parteilichungen angehörend.

Unser frühere Abgeordnete, Gutsbesitzer Bertelsmann, will ein Mandat für das Abgeordnetenhaus ferner nicht mehr annehmen; man will nun statt seiner Bedacht auf den Oberbürgermeister Grabow nehmen.

Am Freitag Nachmittag stürzte aus dem Fenster des dritten Stocks im Wegnerischen Hause in der Thornerstraße ein Frauenzimmer. Sie war zwar nicht gleich todt, aber doch schwer verletzt und bewußtlos; wieder zur Besinnung gekommen, gab sie an, von einem Brandknechte auf das Geheiß ihrer Herrin, gegen die sie sich wiederpenfing gezeigt aus dem Fenster geworfen zu sein. Was Wahres, was Erlogenenes davon sei, wird die bereits eingeleitete Untersuchung ergeben. Derselben Tages stürzte sich in einem Anfälle von Schwermuth ein Lazarethgehilfe aus einem Fenster des zweiten Stocks des hiesigen Militairlazareths. Er soll erhebliche innere Verletzungen davon getragen haben.

Rosen, 17. Juni. Darlehnskassenscheine. Die „Pos. Ztg.“ berichtet in ihrer gestrigen Nummer zur Empfehlung der Darlehnskassenscheine, dieselben würden auch bei allen städtischen Kassen zum vollen Nennwerth in Zahlung angenommen. Die Nachricht ist eine durchaus falsche. Der Magistrat hat vielmehr an die städtischen Kassen die Anweisung ergeben lassen, nur für solche Steuern, die nicht an die Stadt geleistet werden, mit deren Einziehung vielmehr die Stadt vom Staate nur commissarisch betraut ist, Darlehnskassenscheine in Zahlung anzunehmen. Für städtische Steuern sollen dagegen Darlehnskassenscheine in Zahlung nicht angenommen werden. Ferner sind die städtischen Kassen angewiesen, sich mit dem Herausgeben auf größere Darlehnskassenscheine bei Zahlung geringerer Summen für Staatssteuern nicht zu befassen. (Ostf. Z.)

### Lokales

— **Personalia.** Herr Dr. Lenze, Stabsarzt vom R. Friedrich-Wilhelm-Institut, ist als Garnisons-Stabsarzt nach hierher versetzt.

— **Zur Abgeordnetenwahl.** Heute, d. 19., Nachmittags, ist wiederum eine Ansprache von Seite der „Segner der Wiedewahl“, der Herren Donner, v. Kries u. an die Wähler abgegeben worden. In derselben wird konstatirt, daß am 15. d. in der Versammlung, welche im Saale des Artushofes stattgefunden hat, die Herren v. Sängers zu Grabia und der katholische Schulrath Banjura zu Marienwerder als Kandidaten für das Abgeordnetenhaus aufgestellt worden sind.

Die Ansprache sagt dann wörtlich: „Herr v. Sängers ist eine in der parlamentarischen Welt seit langen Jahren hochgeachtete Persönlichkeit. Als großer Grundbesitzer und ausgezeichneter Oekonom ist er außerdem vorzugsweise geig-



net, die Interessen des Grundbesitzes zu vertreten, welche bei den bisherigen Wahlen leider keinen Ausdruck fanden.

Herr Wanjura ist eine für den katholischen Volksunterricht seit lange in hervorragender Weise thätige Persönlichkeit, in welcher, wie wir hoffen dürfen, namentlich auch unsere Mitbürger katholischer Confession einen zusagenden und würdigen Vertreter finden werden.

Von beiden Männern endlich wissen wir, daß sie neben der Achtung vor dem verfassungsmäßigen Rechte des Landes ein warmes patriotisches Herz besitzen, welches ihnen die Vertheidigung des von dem äußeren Feinde bedrohten Vaterlandes als die erste und heiligste Pflicht jedes Preußen erscheinen läßt.

Zu Vorstehendem bemerken wir, daß diese Kennzeichnung der beiden genannten Kandidaten auch vollständig auf die beiden früheren Abgeordneten, die Herren G. Weese und Chomse, paßt. Sie haben, wie allgemein im Kreise Thorns anerkannt wird, ihre Achtung vor der Verfassung und ihren Patriotismus inner- und außerhalb des Abgeordnetenhauses in glänzender Weise bekundet, so daß ein Wort unsererseits über diesen Punkt vollständig überflüssig wäre. Wo zu also neue Kandidaten? —

Nach jener Auslassung bringt die Ansprache noch einen Passus, der einen Seitenhieb gegen die Liberalen enthält. Dieser ist aber so matt, daß wir ihn weder der Wiederholung, noch einer eingehenden Beachtung in unserem Blatte für werth halten. „Die Tage der Partei (der Liberalen) sind gezählt,“ — sagt die Ansprache. Nun gut, Ihr edlen Herren, was inkommodirt Ihr Euch noch und laßt die liberale Partei nicht ruhig entschlafen? — Stört etwa das Verschwinden derselben Euren Schlaf? —

Nach der „Bromb. Btg.“ fand zu Bromberg am v. Sonnabend eine Uewählerversammlung statt. In derselben erklärte der frühere Abgeordnete für Bromberg-Wirßig, Herr Rechts-Anwalt Senff, sich zur Wiederannahme eines Mandats bereit. Zur Uebernahme einer Kandidatur waren auch die Herren Kreisrichter Lessie und General a. D. v. Prittwitz aus Thorn eingeladen worden. Ihrer Kandidatur wurde mit großer Majorität zugestimmt. Dieser Notiz fügen wir noch als Thatsache hinzu, daß Herr Sen. v. Prittwitz die Annahme eines Mandats für das Abgeordnetenhaus abgelehnt hat.

— **Am Rathhausbau.** Der Magistrat hatte, wie bekannt, im Envernehmen mit den Stadtverordneten vor zwei Monaten beschlossen, die früher benutzten Lokalitäten im Rathhause behufs Unterbringung der städt. Polizei ausbauen und zweckgemäß einrichten zu lassen. Damit sollte, wie es auch in der Natur der Sache lag, eine Restauration des vor etwa 150 Jahren erbauten Rathhauses (des vorspringenden Giebels) verbunden sein, welcher in seinem andern Theile der Theil des Gebäudes nicht harmonirt. Hr. Stadtbaurath Kaumann hatte hierzu eine Zeichnung entworfen, die an und für sich zwar recht ansprechend war, aber doch hinsichtlich des Baustyls zu mannigfachen Bedenken Veranlassung gab. In Folge eines an den Magistrat gerichteten Antrages fand sich derselbe bewogen, die Kaumann'sche Zeichnung dem Conservator der Baudenkmale Geh. Ober-Baurath v. Quast einzusenden und um dessen Gutachten zu bitten. Wie wir vernehmen ist, dasselbe nun eingegangen und lautet dahin, daß er den Kaumann'schen Entwurf zur Anwendung nicht geeignet erachtet könne, weil der Baustyl desselben mit der Architektur des älteren Rathhausbaues nicht im Einklang steht. Hr. v. Quast, der ein lebhaftes Interesse an der Sache nimmt, soll die Absicht haben, dieselbe in die Hand zu nehmen und zu dem Zweck selbst herzukommen.

— **Schlehter.** Der 3. Absatz der Rub. „Station“ in der v. Mün., welcher beginnt „Es konstituirte sich hier“ gehört unter die Rub. „Berlin“. Wir bitten diesen Fehler übersehen zu wollen.

Die Redaktion.

## Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Darlehnskassenscheine.** Die „B. B. B.“ sagt: „Die Verordnung über Errichtung der Darlehnskassen sagt ausdrücklich, daß ein Zwang zur Annahme der Darlehnskassenscheine im Privatverkehr nicht stattfinden soll. Um so mehr erregt es Befremden, daß die königliche Seehandlung in den letzten Tagen wiederholt bei von ihr zu leistenden Zahlungen Darlehnskassenscheine ausgegeben und trotz entschiedener Remonstrationen dagegen sich nicht hat bewegen lassen, anderes Geld dafür an die Stelle zu setzen. Wir glauben, daß dies Verfahren vollständig der Veror-nung vom 18. Mai widerspricht, demzufolge man annehmen durfte, daß die Veranlassung der Darlehnskassenscheine überhaupt nur bei der Beleihung von Waaren erfolgen werde.“ Wir geben diese sehr auffallende Angabe wieder und wiederholen nur, daß es völlig in freien Willen der Zahlungsempfänger liegt, ob sie Darlehnskassenscheine in Zahlung nehmen wollen oder nicht. Daß die königlichen Kassen durch die Darlehnskassenscheine, die sie nehmen müssen, ohne daß irgend Jemand verpflichtet wäre, sie ihnen wieder abzunehmen, in Schwierigkeiten kommen würden, haben wir voraus-gesagt; daß aber das staatliche Bankinstitut die Darlehnskassenscheine in Umlauf zu bringen sucht, noch ehe erhebliche Beträge davon ausgegeben, und wieder in königliche Kassen zurückgeströmt sein können, das veranlaßt zu der Frage, wie denn der Staat in den Besitz von Darlehnskassenscheinen gekommen sein mag, ohne selbst bei denselben ein Darlehn genommen zu haben?

— **Die industrielle Weltlage.** Als Beweis der herabgedrückten Stimmung, welche gegenwärtig auch in Frankreich herrscht, möge ein düsteres Bild dienen, das die „France“, von der augenblicklichen industriellen Lage entwirft. Niemand, so schreibt das Blatt, habe die Geschäftswelt schon vor Ausbruch eines Krieges so schwere Schläge erlitten, wie gegenwärtig; es treffen eben in Frankreich, wie in ganz Europa, zu viele störende Umstände zusammen: in Frankreich liege der Handel mit Chili, Peru und Brasilien ganz darnieder, und daran sei Spanien hauptsächlich schuld; die französischen Häuser, die mit deutschen zu thun hätten, seien auch nicht zu

beneiden; denen, welche nach Italien Geschäfte treiben, gehe es aber nicht besser, und die Russen und Polen seien gleichfalls schlechtere Zahler, als jemals; von Wechseln auf Wien sei gar nicht zu reden, da höre Alles auf. So steht Frankreich, wo die Bank noch bereitwillig escomptirt und einen imposanten Baarvorrath besitzt; Deutschland dagegen, wo das Geld sonst sprichwörtlich wohlfeil gewesen, liegt bereits wie in Kriegsnoth; in Italien steht in Folge des Zwangscurse der Banknoten und des Sinkens aller Werthpapiere eine Unmasse Geschäfte vor dem Bankrott; in Oesterreich haben hunderte angelegener, zum Theile alter Fabriken ihre Zahlungen eingestellt; die besten Arbeitskräfte in Tyrol, Böhmen, Ungarn werden dem Ackerbau entzogen, England kämpft mühsam gegen die Geldkrise an; Spanien fällt aus einer Geldkrise in die andere und der Wechselkurs ist schauerhaft. In der Türkei, wo die Pforte Geld für die Zahlung der am 1. Juli fälligen Coupons sammelte, ist Alles vorbei, da die Krieger die zur Zinszahlung gesammelten Summen verschlungen. Und noch ist nirgends ein Schuß gefallen! Wenn diese Situation nicht bald aufhört, so werden auf allen Plätzen der Erdkugel furchtbare Geldverluste und Zerrüttungen eintreten! — So weit das französische Blatt. Die von ihm angeführten Thatsachen lassen sich leider nicht in Abrede stellen. Daß das complicirte Gewebe, der künstliche Bau unserer finanziellen und industriellen Verhältnisse störende Bewegungen nicht mehr vertragen, sondern vor dem ersten Windhauch geschichtlicher Erschütterungen zusammenbrechen werde, war längst vorauszu-sehen. Und doch geben wir uns der Hoffnung hin, daß nur das Krankhafte und Corroirte absterben, die auf gesundem, solidem und natürlichen Boden ruhende Thätigkeit aber von der augenblicklichen Niederlage sich bald wieder erholen wird!

Berlin, den 20. Juni. Roggen matt 43 $\frac{1}{2}$ . — Spiritus 12 $\frac{1}{2}$ . — Russ. Banknoten 64 $\frac{1}{2}$ .

Danzig, den 20. Juni. Weizen mehr oder weniger ausgewachsen, von 54/76 Sgr.; gesund von 71/88 Sgr. p 85 Pfd. — Roggen von 47/50 Sgr p. 81 $\frac{1}{2}$  Pfd. — Spiritus ohne Zufuhr.

Thorn, den 20. Juni. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für  
Weizen: Bispel gesund 36—64 thlr.  
Roggen: Bispel 30—32 thlr.  
Erbsen: Bispel weiße 33—40 thlr.  
Gerste: Bispel kleine 28—30 thlr.  
Hafer: Bispel 20—22 thlr.  
Kartoffeln: Scheffel 13—15 Sgr.  
Hutter: Pfund 5 $\frac{1}{2}$ —6 Sgr.  
Cier: Mandel 3—3 $\frac{1}{2}$  Sgr.  
Stroh: Schock 10—12 thlr.  
Heu: Centner 25—30 Sgr.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 154 pCt. Russisch Papier 154 $\frac{1}{2}$  pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopfen 13—15 pCt. Neue Kopfen 45 pCt.

## Ämtliche Tages-Notizen.

Den 19. Juni. Temp. Wärme 12 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 1 Fuß — Zoll.  
Den 20. Juni. Temp. Wärme 12 Grad. Luftdruck 28 Zoll 2 Strich. Wasserstand 1 Fuß 1 Zoll.

## Briefkasten.

**Eingesandt.** Das Vorgehen unseres Herrn Oberbürgermeisters Körner, unter den hiesigen Wählern Verständigung und Versöhnung im allgemeinen Staatsinteresse herbeizuführen, verdient den größten Dank, — und das um so mehr mit Hinblick auf die Invektiven, die man, als z. B. Landesverräther, blinder Eifer, jüngst auf die hiesigen Liberalen wegen ihrer Parole: „Wiederwahl!“ zu schleudern sich nicht scheut hat.

Sern würden wir dem Vorgehen des Herrn Oberbürgermeisters Körner, dessen Intelligenz und Charakter, dessen lauterer Interesse an der Sache selbst uns Vertrauen einflößt, Folge geben, aber wie sollen wir das anfangen? — Unserm Bedenken mögen folgende Fragen Ausdruck geben.

1) Die Versammlung morgen, am Donnerstag Nachm., soll „ohne politische Diskussion“ statthaben. — Ist aber überhaupt eine Verständigung ohne Diskussion, insbesondere eine über Abgeordnetenhaus-Kandidaten ohne politische Diskussion möglich und herbeiführbar? —

2) Will die Staatsregierung etwa die Lösung des inneren Konflikts vertragen, oder sagt sie nicht selbst, daß derselbe, um die höchsten vaterländischen Interessen zu sichern und zu kräftigen, zum Antrag gebracht werden soll? —

3) Wird unser vielfach verdiente und deshalb hochgeachtete Mitbürger G. Weese als Abgeordneter nicht nach bestem Wissen und Gewissen beitragen zur Lösung des inneren Konflikts, sobald diese von der Staatsregierung ernstlich angebahnt wird? — lassen ein solches entgegenkommende Verhalten von Herrn G. Weese nicht dessen Patriotismus und Einsicht erwarten, — von ihm, der kein Heißsporn mehr ist? — Ist endlich Herr G. Weese durch den täglichen Verkehr nicht vertraut mit den politischen Wünschen der hiesigen Bevölkerung als ein Auswärtiger, z. B. Herr v. Sönger, oder Herr Regierungsrath Wanjura? —

4) Können wir, ganz abgesehen davon, daß die Erfahrung, wie die in der Versammlung der Herren Donner nebst Genossen, a. 15. d. Mts. gemachte, in einer vom Herrn Oberbürgermeister Körner berufenen Versammlung geradezu unmöglich ist, — können wir die Versammlung morgen Nachmittags besuchen und dort unseren guten Willen bekunden, wenn zum Besuch dieser Versammlung nur diejenigen eingeladen werden, welche der Ansicht sind, daß die bisherigen Abgeordneten unbedingt nicht wiedergewählt werden dürfen? —

Unus pro multis.

## Inserate.

### Bekanntmachung.

Durch die in Folge der Mobilmachung der Armee erfolgte Einberufung der Reserve- und Landwehr-Mannschaften sind bis jetzt 126 Familien der Stadt ihrer Ernährer beraubt. Weitere Einberufungen stehen bevor. Wenn nun auch die Kreis- und Landwehr zur Unterstützung der Bedürftigen gesetzlich verpflichtet ist, auch wir im Verein mit der Stadtverordneten-Versammlung bereits darauf Bedacht genommen haben, die Lage der hierorts angehörigen Familien durch Zuschüsse zu der vom Kreise gewährten Unterstützung zu verbessern, so wird der Privatwohlthätigkeit doch noch ein weites Feld für ihre Wirksamkeit verbleiben. Um indessen eine Zersplitterung der Kräfte zu verhüten, auch den zur Unterstützung zunächst und gesetzlich berufenen Stellen die Ueberlast zu erhalten, haben wir beschlossen bei unserer Kammerei-Kasse freiwillige Beiträge zur Unterstützung der Familien einberufener Reserve- und Landwehr-Mannschaften anzunehmen, welche dem Armendirektorium, das mit der Ausführung der Unterstützung beauftragt ist, zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Zusammensetzung des gedachten Direktoriums, seine gründliche Kenntniß der Personen und Verhältnisse sichern eine zweckmäßige Verwendung, über welche seiner Zeit öffentlich Rechnung gelegt werden soll. Diejenigen Einwohner unserer Stadt, welche zu dem in Rede stehenden Zwecke ihr Scherlein beitragen und gleichzeitig einer Zweck entsprechenden Verwendung sicher sein wollen, ersuchen wir daher ganz ergebenst ihre etwaigen Beiträge bei unserer Kammerei-Kasse in den Dienststunden einzuzahlen.

Thorn, den 7. Juni 1866.

### Der Magistrat.

### Bekanntmachung.

Am 22. Juni d. J.

Vormittags 10 Uhr

sollen im Corridor des hiesigen Gerichts-Gebäudes diverse Quantitäten Cigarren meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Thorn, den 19. Juni 1866.

### Königliches Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

### Bekanntmachung.

Am 30. Juni d. J.

Vormittags 11 Uhr

sollen mehrere Gold- und Silbersachen im Corridor des hiesigen Gerichtsgebäudes gegen gleich baare Einzahlung öffentlich meistbietend verkauft werden.

Thorn den 12. Mai 1866.

### Königliches Kreis-Gericht.

1. Abtheilung

Allen geehrten Gönnern und Freunden, welche unserer verstorbenen geliebten Mutter, Schwieger- und Großmutter, der vermittelten Bäckermeister **Barbara Lang** die letzte Ehre bei ihrem Begräbniß erwiesen, namentlich auch dem löblichen Bäckerwerk und den Herren Sängern sagen herzlichen Dank  
**die Hinterbliebenen.**

Bei unserer Abreise nach Lima (Peru) sagen allen Bekannten und Freunden ein herzliches Lebewohl

**Louis Rosenberg  
Jenny Rosenberg  
geb. Jacobi.**

Etwaigen Irrthümern zu begegnen, bitte die betreffenden Damen sich gefälligst an den Ueberbringer der Blumen zu wenden, indem derselbe der freundliche Geber selbst ist.

vis-à-vis.

### Lebensversicherungsgesellschaft für Deutschland in Gotha.

Versicherungsbestand am 1. Juni 1866 52,040,000 Thlr.  
Effectiver Fonds am 1. Juni 1866 13,550,000 „  
Zahreseinnahme pr. 1865 2,332,944 „  
Dividende der Versicherten i. J. 1866 38 Proz.

Diese Anstalt gewährt durch den großen Umfang und die solide hypothekarische Belegung der vorhandenen Fonds eben so nachhaltige Sicherheit, wie durch die unverkürzte Vertheilung der Ueberschüsse an die Versicherten möglichste Billigkeit der Versicherungs-kosten.

Antragsformulare und neuester Rechenschaftsbericht sind unentgeltlich zu haben bei  
**Herm. Adolph. Agent.**



# Bekanntmachung.

Zu der, gemäß höherer Anordnung am 25. d. M. abzuhaltenden Wahl der Wahlmänner, von welchen demnächst am 3. Juli cr. die Deputirten zu dem neu zu bildenden Hause der Abgeordneten für die nächste Legislatur-Periode zu wählen sind, haben wir nach Vorschrift der Verordnung vom 30. Mai 1849 und des Wahlreglements vom 16. Mai d. J. die Stadt Thorn, welche auf Grund der letzten allgemeinen Volkszählung

von 14121 Seelen Civil-Bevölkerung, 56 Wahlmänner  
und „ 2111 „ Militär-Bevölkerung, 8 Wahlmänner  
zu wählen hat, in folgende 12 Urwahlbezirke eingetheilt

## A. Civil-Urwahlbezirke.

**I. Wahlbezirk** wählt 6 Wahlmänner  
enthält die Grundstücke von Nr. 1 bis 101 und 462 Altstadt, mit Einschluß der Brückenthor-Controle  
Wahlvorsteher: Stadtrath Donisch. — Stellvertreter: Stadtverordneter Herm. Schwartz.  
Versammlungsort: Saal im Erdgeschosse des Logengebäudes.

**II. Wahlbezirk** wählt 6 Wahlmänner,  
enthält die Grundstücke von Nr. 102 bis incl. 182 Altstadt nebst den beiden Schanzhäusern vor dem  
Weißen- und Segler-Thor.

Wahlvorsteher: Stadtrath Tage. — Stellvertreter: Stadtrath Dr. Kugler.

Versammlungsort: Saal im Artushofgebäude.

**III. Wahlbezirk** wählt 5 Wahlmänner,  
enthält die Grundstücke von Nr. 183 bis 238 der Altstadt, Bromberger Thor-Controle und die  
Fischer-Vorstadt incl. der Majewski'schen Grundstücke.

Wahlvorsteher: Stadtverordneter E. Schwartz. — Stellvertreter: Gerichtsrath Lilienhain.

Versammlungsort: Restaurations-Lokal bei H. Kaiser in der Bäckerstraße.

**IV. Wahlbezirk** wählt 5 Wahlmänner,  
enthält die Grundstücke von Nr. 243 bis incl. 263 der Altstadt, die Bromberger-Vorstadt nebst der  
Ziegelei, Ziegelei-Kämpfe, Grünhof und Krowiniec,

Wahlvorsteher: Stadtrath Hoppe. — Stellvertreter: Dr. Bergenroth.

Versammlungsort: Auditorium der städtischen Mädchenschule.

**V. Wahlbezirk** wählt 6 Wahlmänner,  
enthält die Grundstücke von Nr. 279 bis incl. 322 der Altstadt nebst der alten und neuen Culmer-  
Vorstadt.

Wahlvorsteher: Stadtrath Rosenow. — Stellvertreter: Stadtrath Drewitz.

Versammlungsort: Großer Saal im Rathhause.

**VI. Wahlbezirk** wählt 6 Wahlmänner,  
enthält die Grundstücke von Nr. 331 bis incl. 461 der Altstadt nebst dem Rathhause.

Wahlvorsteher: Stadtrath R. Schwartz. — Stellvertreter: Justizrath Dr. Meyer.

Versammlungsort: Sitzungssaal der Stadtverordneten.

**VII. Wahlbezirk** wählt 6 Wahlmänner,  
enthält die Grundstücke von Nr. 1 bis incl. 108 Neustadt.

Wahlvorsteher: Stadtrath Joseph. — Stellvertreter: Oberlehrer Dr. Prowe.

Versammlungsort: Die Aula im Gymnasialgebäude.

**VIII. Wahlbezirk** wählt 5 Wahlmänner,  
enthält die Grundstücke von Nr. 109 bis incl. 203 Neustadt, die Culmer Thor-Controle, das Gar-  
nison-Lazareth und diejenigen Schiffer, deren Namen mit den Buchstaben A. bis incl. J. anfangen.

Wahlvorsteher: Stadtrath E. Sponnagel. — Stellvertreter Stadtverordneter E. Behrendsdorff

Versammlungsort: Restaurations-Lokal beim Kaufmann Pietsch am Neustädter Markt.

**IX. Wahlbezirk** wählt 4 Wahlmänner,  
enthält die Grundstücke von Nr. 204 bis incl. 226, dann 328 und 331 der Neustadt, die alte und  
neue Jakobs-Vorstadt, die Treposcher Mühle und Krug und Chauffeehaus, ferner die Schiffer mit  
den Buchstaben von K. bis incl. O.

Wahlvorsteher: Pfarrer Schnibbe. — Stellvertreter: Gerichtsrath v. Rożynski.

Versammlungsort: Saal im Waisenhause.

**X. Wahlbezirk** wählt 6 Wahlmänner,  
enthält die Grundstücke von Nr. 227 bis incl. 310 der Neustadt, die Bazar-Kämpfe, den Bahnhof,  
den Brückenkopf, und die Schiffer, deren Namen mit dem Buchstaben P. bis incl. Z. anfangen.

Wahlvorsteher: Stadtverordneter L. Engelke. — Stellvertreter: Schul-Direktor Dr. A. Prowe.

Versammlungsort: Saal im Schützenhause.

## B. Militär-Wahlbezirke.

**I. Bezirk** wählt 4 Wahlmänner,  
enthält die Wähler beim Ersatz-Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 44.

Wahlvorsteher: Major v. Resdorff. — Stellvertreter: Premier-Lieutenant v. Reichenbach.

Versammlungsort: Im Jakobsfort.

**II. Wahlbezirk** wählt 4 Wahlmänner,  
umfaßt die Kommandantur mit dem Festungs-Stabe, die beiden Festungs-Artillerie-Kompagnien und  
das Pionier Detachement.

Wahlvorsteher: Hauptmann v. Wichert. — Stellvertreter: Hauptmann v. Steinwehr.

Versammlungsort: Die Offizier-Speise-Anstalt.

Die Wahl findet, wie schon erwähnt,

**den 25. Juni d. J. Vormittags 9 Uhr**

an den genannten Versammlungsorten gleichzeitig statt, und werden alle Wahlberechtigten zur Aus-  
übung ihres Wahlrechts in ihren resp. Wohnbezirken hiermit persönlich eingeladen.

Schließlich machen wir darauf aufmerksam, daß mehrere Personen zu Ostern umgezogen sind,  
gleichwohl den Wohnungswechsel in Polizei-Bureau nicht angemeldet haben, so daß es mitunter vor-  
kommt, daß sie noch im demjenigen Wahlbezirke verzeichnet sind, in dem sie früher gewohnt haben.  
Es möge sich daher jeder Wahlberechtigte bei Zeiten davon überzeugen, in welchem Bezirke er ver-  
zeichnet ist, weil er sonst leicht an der Ausübung seines Wahlrechts verhindert werden könnte, indem  
die Abtheilungslisten bereits geschlossen sind.

Thorn, den 11. Juni 1866.

**Der Magistrat.**

**Ausverkauf** guter abgelagerter Ci-  
garren zu bedeutend her-  
abgesetzten Preisen empfiehlt

A. Seierpser.

Die von Herrn Obrist v. Hegener bewohnt  
gewesene Belletage in meinem Hause Neu-  
stadt 192 ist vom 1. Oktober anderweitig zu ver-  
mieten.

Wittwe Kauffmann.

**Wollsäcke und Wollschnur,  
Rapspläne und Rapsleinen,  
Getreidesäcke**

in allen Größen empfiehlt billigst

**Moritz Meyer.**

Ein eiserner Kochofen wird für alt zu kau-  
fen gesucht von

R. Dannehl.

Gr. Moeck.

Einem geehrten Publikum die erge-  
benste Anzeige, daß ich von Sonnabend  
den 16. d. Mts. ab feines Roggenbrot gut aus-  
gebacken für 5 Sgr. 5 Pfd. 12 Lth., Halbfines  
oder Hausbacken für 5 Sgr. 6 Pfd. 15 Lth. lie-  
fern werde.

Thorn, den 16. Juni 1866.

A. Schuetze,  
Bäckermeister.

Die Königliche Ostbahn liefert ge-  
mäß § 8 des Betriebs-Reglements  
ankommende Güter nur gegen vor-  
herige Zahlung der Fracht aus, des-  
halb sind, getroffener Uebereinkunft  
zufolge, unsere Kollkutscher von jetzt  
an angewiesen, die Güter nur gegen  
sofortige Zahlung der Fracht und  
Spesen bei Vorzeigung der betreffen-  
den Kollkarte auszuliefern.

Für derartig nicht abgenommene  
Güter werden wir Rückfuhr, Lager-  
geld, Affecuranz und Provision berech-  
nen müssen.

Thorn, den 16. Juni 1866.

**Rudolf Asch. Julius Ro-  
senthal Gebr. Lipmann.**

## !Ausverkauf in Inowracław!

Um mit unserem Manufactur-en  
gros und Detail-Lager, bestehend in  
wollenen, baumwollenen, leinen u.  
seidenen Artikeln gänzlich zu räu-  
men, haben wir die Preise dersel-  
ben bedeutend herabgesetzt und bit-  
ten um geneigten Zuspruch.

**Martin Michalski & Co.**

in Inowracław. Breite-Str.

Eine frische milchende Kuh hat zu  
verkauft

A. Jaster,

Bromb. Vorst.

1 möblirte Stube mit Beköstigung ist vom 1.  
Juli zu haben. Gerstenstraße Nr. 96.

Dasselbst ist täglich frische Tischbutter zu  
haben.

Brückenstrasse Nr. 13 ist die erste Etage  
zu vermieten.

Ein möblirtes Zimmer nebst Kabinet und Bur-  
schengelass ist vom 1. Juli cr. zu vermieten  
D. G. Guksch, Wittwe.

In meinem Hause Baderstraße Nr. 85 sind  
zum 1. Oktober die Belletage und die Par-  
terrewohnung — letztere bisher als Geschäftslo-  
kal benutzt — zu vermieten.

J. A. Fenski.

Tuchmacherstr. 186 ist eine Parterre-Gelegen-  
heit getheilt oder im Ganzen vom 1. Juli  
oder vom 1. Oktober cr. zu vermieten. Pen-  
sionäre finden auch daselbst freundliche Auf-  
nahme.